

SEMESTER

GUIDE 

WINTER 2013/2014

CAMPUSANTIFA

FRANKFURT

WWW.CAMPUSANTIFA.BLOGSPORT.DE

NORMATIVE ORDNUNGEN

INHALTSVER ZEICHNIS

- 6 **Krise - Bildung - Widerstand
 campusantifa**
- 14 **Zum Exzellenzcluster
 »Die Herausbildung normativer Ordnungen«
 campusantifa**
- 18 **Exzellente Ordnungshüter
 Peer Heinelt**
- 26 **Generalstreik und Reproduktionsarbeit
 campusantifa**
- 30 **Zum Generalstreik
 Mariarosa Dalla Costa**
- 34 **Nicht einfach so weiter
 antifa nt, München**
- 46 **Walk this way**

HEY, HALLO UND HERBSTLICH WILLKOMMEN

Die Blätter beginnen ihre Farbsinfonie, eine duftig frische Brise umschmeichelt die Nasenspitzen, niedliche, goldblonde Kindlein schmeißen Euch Kastanien ins müde Gesicht, während Ihr durch den Grüneburgpark Richtung Uni schlurft. Auf ein neues, und diesmal richtig! Dieses Semester wird gestrebt, was das Zeug hält. Die Stifte sind gespitzt, das neue Notizbuch liegt bereit, um mit den schlauesten Ergüssen fremder und eigener Hirnwindungen befüllt zu werden, die Speckstein-Büste des Unipräsidenten ziert den heimischen Schreibtisch und mahnt zur steten Aufmerksamkeit. Bloß nicht ablenken lassen, immer auf Zack bleiben. Kein Meister ist je vom Himmel gefallen und wer immer strebend sich bemüht, der fällt auch nicht weit vom Stamm.

Doch wir führen Übles im Schilde! In diebischer Vorfreude haben wir Lesestoff vorbereitet, um Euch bereits auf den ersten Sprossen der Karriereleiter ins Straucheln zu bringen. Und wir haben gute Gründe dafür:

Wir müssen reden. Über uns. Ihr merkt es doch auch: Es gibt eine Krise. Wir fühlen uns immer eingengter in der eigenen Uni, räumlich und zeitlich. Haben wir uns einfach auseinandergelebt, passen nicht mehr so gut zur Uni? Sind wir am Ende vielleicht selbst Schuld?

Mitnichten. Lest im Heft vom Zusammenhang zwischen der Krise des Kapitalismus (der in Wirklichkeit schon immer

die Krise war) und der Veränderung der (Hoch-)schulen. Und natürlich darüber, was wir und andere dagegen zu tun gedenken. So viel vorab: eine Paartherapie mit der Hochschule wird es nicht sein.

Außerdem beschäftigt Peer Heinelt sich damit, was in einem verhältnismäßig kleinen Häuschen am Rande des »schönsten Campus Europas« für merkwürdige Süppchen gekocht werden – das Rezept zur Aufstandsbekämpfung, entwickelt von »Normative Orders«?

Weshalb der Kapitalismus ohne Suppe schon längst ausgelöffelt wäre und warum es keinen Generalstreik geben kann, solange diese weiter in den Töpfen brodelt, macht eine furiose Rede von Mariarosa Dalla Costa klar.

Unsere Freund_innen der antifa nt sind diesmal auch dabei mit einem Artikel darüber, warum es nicht reicht, kurzen oder längeren Prozess mit ein paar Fettaguen zu machen, um die trübe, bräunliche Brühe auszulöffeln, in welcher sich die Morde des Nationalsozialistischen Untergrundes nahezu unbeachtet abspielen konnten.

Wenn Ihr nun beim Lesen sowieso schon völlig aus dem Lernflow gekommen seid, haben wir unser Ziel erreicht. Und geben Euch zum Schluss noch ein paar Tipps, wie Ihr auch noch den Rest des Tages fernab der Bibliothek in der glitzernden Welt von Frankfurts Subkultur verbringen könnt.

Also: Verschwendet Eure Zeit mit uns!

Herzlichst, Eure
campusantifa frankfurt

KRISE

BILDUNG

WIDERSTAND

Deutschland – Stabilitätsanker in krisenhaften Zeiten. So beurteilt nicht nur Angela Merkel die gegenwärtige Situation. Vorbei scheinen die Tage, in denen die Regierenden der »German Angst« entgegenarbeiten mussten. Nach Ausbruch der Krise 2008 verging kein Tag, an dem es keine Tipps und Tricks gab, sein Gespartes zu sichern – vor gierigen Finanzakteuren, vor der Inflation oder fliegenden Spaghetti-Monstern. Die Stimmung scheint heute wieder ins Positive gekippt zu sein – man freut sich über geringe Arbeitslosenquoten und die Konsumfreude der Volksgenossen. Doch auch wenn Deutschland momentan nicht allzu schlecht da steht, hat die Krise nicht nur in vielen anderen Staaten, sondern, wie im Folgenden gezeigt werden soll, auch in Deutschland verheerende Auswirkungen.¹

Besonders drastisch stellt sich die soziale Lage in Griechenland und Spanien dar. In Griechenland liegt die Arbeitslosenquote bei 28%, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 65%. Unter dem Druck der von Deutschland dominierten Politik der Troika, bestehend aus EU-Kommission, IWF und EZB, wurde das Lohn- und Rentenniveau abgesenkt und Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Menschen brechen aufgrund von Unterernährung zusammen. Das Gesundheitssystem ist kaum mehr funktionsfähig – Menschen sterben, weil sie sich weder Medikamente noch einen Arztbesuch leisten können.²

In Spanien sehen die Arbeitslosenquoten ähnlich aus, und auch hier sind sie mit katastrophalen Lebensbedingungen für die dort lebenden Menschen verbunden. Von den 2 Jahren, die man in Spanien theoretisch Arbeitslosengeld erhalten kann, bekommen es die meisten nicht länger als 6 Monate. Denn Voraussetzung für einen darüber hinausgehenden Bezug ist, dass man zuvor über ein Jahr lang durchgehend beschäftigt war. Da aber fast ein Drittel aller Beschäftigten in Spanien in Leiharbeitsverhältnissen beschäftigt ist, in denen man auf Abruf zur Verfügung steht, wird der Erhalt von Arbeitslosengeld zu einer bloß theoretischen Möglichkeit. Wer aus der »sozialen Sicherung« herausfällt, sieht sich auf die Unterstützung der Familie zurückgeworfen. Ganze Familien halten sich mit der Rente ihrer Großeltern über Wasser, die nur in seltenen Fällen 350 Euro überschreitet.

Dieses Elend spiegelt sich auch in den Zwangsräumungen wider, die seit der Finanzkrise trauriger Alltag geworden sind. Seit 2008 wurden in Spanien über 400.000 Zwangsräumungen vollstreckt. Den Betroffenen wurden keine Ersatzunterkünfte zur Verfügung gestellt, so dass ganze Familien auf der Straße landeten.³

Neben diesen unmittelbaren Krisenfolgen, kommt es vielerorts in Europa zum Erstarken faschistischer und nationalistischer Kräfte. Beispiel dafür bietet der steile Aufstieg der Chrysi Avgi (goldene Morgenröte) in Griechenland, oder der Zuwachs regionaler separatistischer Kräfte in ganz Europa.

Doch wer glaubt, dass die Krise spurlos an Deutschland vorbeiziehe, irrt. Die Geschichte von der deutschen Oase des Wohlstands, die die Herrschenden gerne erzählen, hat für die meisten Menschen eine traurige Pointe. Denn die wirtschaftliche Stabilität der »Fleißrepublik« wurde erkaufte durch die seit Jahrzehnten laufende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die meisten Menschen:

Hier wird mal der Gürtel enger geschnallt, dort eine Nullrunde gedreht, die Leiharbeit ausgeweitet und spürbare Lohnerhöhungen sind auch nicht in Sicht. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem es seit den 1990er Jahren zu keiner Erhöhung der Reallöhne mehr gekommen ist; vielmehr sind sie gefallen (0,8%; von 2000 – 2009 sogar um 4,5%). Die immer hochgelobte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beruht genau auf dieser »Lohnzurückhaltung« bei gleichzeitigem Produktivitätszuwachs – also auf der Verschlechterung der Lebenssituation der Lohnarbeitenden.

Gleichzeitig kam es zu einer Senkung der Lohnnebenkosten, also jener Leistungen, die früher von den Sozialversicherungen abgedeckt wurden und heute vermehrt privat übernommen werden müssen (private Altersvorsorge, Zuzahlungen zu Krankenkassenleistungen, Zahnersatz etc.). Dass Deutschland europaweit das Land mit dem größten Niedriglohnsektor ist, ist also nicht weiter verwunderlich. Insgesamt sind fast 8 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor beschäftigt; das ist fast jede vierte erwerbstätige Person und entspricht der Gesamtbevölkerung der Schweiz. Zwei Drittel des Niedriglohnsektors machen Frauen aus. Diese müssen in ihrer »Freizeit« zusätzlich einen Großteil der Reproduktions- und Pflegearbeit übernehmen, also den Haushalt schmeißen, die Kinder versorgen und sich um Angehörige kümmern. Dafür werden sie dann auch noch schlechter entlohnt: Die Löhne von Frauen liegen nach wie vor insgesamt durchschnittlich 22% unter denen der Männer.

Politisch durchgesetzt wurde diese Misere vor allem durch die von Rot-Grün eingeführte Agenda 2010, die man getrost als Programm zum staatlich organisierten Lohndumping beschreiben kann. Aus der Perspektive der Herrschenden bildet sie natür-

lich die »Grundlage für den heutigen wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands« (Volker Kauder, CDU). Aus der Perspektive der Lohnabhängigen allerdings »bildet die Drohung mit dem Hungertod den innersten Kern von Agenda 2010 und Hartz IV.«⁴ Im Zuge der Agenda 2010 wurde u.a. der Kündigungsschutz gelockert, die Zeit- und Leiharbeit vollends freigegeben, die Zumutbarkeitsregeln für Jobsuchende wurden verschärft und erhöhte Zuzahlungen bei Krankenkassenleistungen durchgesetzt.

Hartz IV fungiert dabei als zentrale Disziplinierungsmaschinerie, in der durchaus systematisch mit Rechtsbrüchen gearbeitet wird. So sind Sanktionen wie Leistungskürzungen häufig nicht etwa von den rechtlichen Ansprüchen der Empfänger_innen abhängig, sondern von der Budgetlage der jeweiligen Agentur – entsprechend erfolgreich sind die zahlreichen Klagen.

Die vielerorts in die Höhe schnellenden Mieten und Strompreise sorgen gleichzeitig auch hierzulande dafür, dass ausreichender, bezahlbarer Wohnraum und bezahlbarer Strom für immer mehr Menschen keine Realität, sondern unerfüllte Bedürfnisse sind.

Dass diese Bedrohung der eigenen Existenz nicht spurlos an einem vorbeigeht, spiegelt sich auf vielen Ebenen wieder. In den Jahren von 2004–2011 hat die Zahl der durch psychische »Erkrankungen« bedingten Fehltage um das 20fache zugenommen. Aber auch rassistische Krisendeutungen gehören zum bundesdeutschen Alltag: Ob Sarrazins Gerede von »jüdischen Genen« und »faulen Südländern«, die ewigen Warnungen vor »schmarotzenden Roma« oder die aktuelle rassistische Pogromstimmung z.B. in Bad Soden und Duisburg und vor dem Flüchtlingsheim in Hellersdorf. Via Facebook wird zu Brandstiftung aufgerufen, Flüchtlingskindern wird der Zugang zum Spielplatz verwehrt und Steine fliegen auf die Gebäude. Dass es en vogue ist, wieder öffentlich den Hitlergruß zu zeigen, ist traurig, aber entsprechend nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich ist eher, dass diese ganze Scheiße so lange auf wenig bis gar keinen (emanzipatorischen) Widerstand gestoßen ist – zumindest in Deutschland. Während in Griechenland und Spanien Massen auf die Straße gehen und gegen die deutsche Krisenpolitik protestieren, regt sich in Deutschland nach wie vor nichts. Und das vor dem Hintergrund, dass die deutsche Politik direkt wie indirekt für die krisenhafte Entwicklung in den sogenannten Krisenländern verantwortlich ist: Indirekt dadurch, dass sie durch die oben genannten Reformen von Billiglohn, Zeitarbeit und Hartz IV, die restlichen Staaten niederkonkurriert hat. Direkte Verantwortung trägt sie

durch die direkten Eingriffe in die Wirtschaftspolitik der betroffenen Staaten mit den anschließenden »Rettungsprogrammen«. Was die deutsche Regierung in den Krisenländern mit aller Gewalt durchsetzt, hat sie also auch der hiesigen Bevölkerung schon angedeihen lassen – eben nur nicht mit der Brechstange, sondern in so dosierten Mengen, dass das angstgetriebene Volk es bis zur nächsten Wahl vergessen hat.

Way out?

Waren die Gewerkschaften einst als Kampforganisationen zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen gedacht, so gefallen sie sich in Deutschland seit Jahrzehnten als Schoßhunde der kapitalistischen Standortlogik. Und »Die Linke« plakatiert frech »Revolution? Nein!«, stattdessen will sie sich mit 10€ Mindestlohn zufriedengeben.

Wer also gegen die Gesamtscheiße aufbegehren will, braucht offensichtlich nicht viel von den etablierten Großorganisationen erwarten, muss sich vielmehr selbst organisieren. Einen Ansatz zu einer solchen Selbstorganisation versucht momentan das M31-Netzwerk zu etablieren. Es handelt sich dabei um ein antikapitalistisches Netzwerk aus Basisgewerkschaften, anarchistischen und antiautoritär-kommunistischen Gruppen. Im Frühsommer 2013 wurde hier der Vorschlag gemacht, bei einem nächsten europäischen oder spanischen Generalstreik auch hier in Deutschland spürbar und sichtbar einen grenzüberschreitend-solidarischen Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen und für ein gutes Leben auf die Straße zu tragen – jenseits kleiner Latschdemos und popeliger Kundgebungen vor Konsulaten.⁵ Im Aufrufertext heißt es: »Wir rufen dazu auf, sich auf betrieblicher und auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen an allen Orten aktiv an einem zukünftigen europäischen Generalstreik oder einem [...] Generalstreik in Spanien zu beteiligen. Damit können wir die Kämpfenden und Streikenden in Europa öffentlichkeitswirksam unterstützen, uns aber auch für die Verbesserung der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen.« Neben Betriebsversammlungen, die ihre Pausen in der Öffentlichkeit verbringen, werden für einen solchen Tag verschiedene Aktionsformen wie Hausbesetzungen und Blockaden vorgeschlagen. Im Papier ist auch der Vorschlag enthalten, an den Unis und Hochschulen Streiks und Vollversammlungen zu organisieren. Das mag zunächst überraschend klingen, hat aber seinen berechtigten Hintergrund.

Bildung – Krise – Widerstand

Es sind nicht nur die »Reformen« im Rahmen der Agenda 2010, die als Beispiel dafür gelten können, wie in Deutschland bereits vor Ausbruch der jetzigen Krise durchgesetzt wurde, was den Krisenländern nun als Lösung aufgenötigt wird. Wie wiederum ein Blick nach Griechenland und Spanien zeigt, gehören neben Restrukturierungen und Kürzungen im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit auch Kürzungen im Bildungssektor zu den Klassikern der Krisenpolitik. Blicken wir zwei Jahre zurück, lässt sie sich mustergültig in Hessen wiederfinden. Da die Hochschulfinanzierung primär Ländersache ist, ist es das Kürzen von Mitteln auch. 2010 setzte die CDU-Landesregierung unter Federführung der Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann durch, dass die hessischen Hochschulen in den Jahren 2011–2015 je 30 Millionen Euro einzusparen haben, insgesamt also 150 Millionen Euro. Die Begründung war so klassisch wie der Akt selbst: Hessen leide unter sinkenden Steuereinnahmen und einer Rekord-Neuverschuldung. In den Jahren von 2008–2010, in denen zwecks Krisenlösung Abwrackprämie, Kurzarbeit und Bankenrettung finanziert werden mussten, sind die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts von 1577,88 auf 2011,68 Milliarden Euro angestiegen. Dieser Trend gilt auch für Hessen und veranlasste die Regierenden zu einem Kurs der Haushaltskonsolidierung. Und da Bildung meist nicht unmittelbar rentabel ist, kann hier erst mal schön gespart werden. Dass die Unis dann kein Geld mehr haben, um ihre Angestellten, Mitarbeiter und Hilfskräfte ordentlich zu entlohnen und so viele einzustellen, dass Überstunden an der Tagesordnung sind, dass Seminare überfüllt und Gebäudesanierungen mit QSL-Mitteln bezahlt werden müssen, wundert da nicht mehr.

Gleichzeitig wurde die Uni, durch die BA/MA Umstellung sowie die Umwandlung der Goethe Uni zur Stiftungsuniversität, tief greifend auf die Bedürfnisse des Kapitals zugerichtet. Schnell abgefertigte, flexible, belastbare und vor allem unkritische Arbeitskräfte sind nun die Spezialität des Hauses in der Frankfurter Universität. Woran das Kapital sich freut, muss den Student_innen ein Übel sein: Volle Seminarräume, Studium in Überschallgeschwindigkeit (dass es knallt), Ellenbogenkampf um Seminarplätze und ein Fünkchen Aufmerksamkeit der unterbezahlten und teils unterbezahlten Lehrendenschaft sind mittlerweile wesentliche Substanz des Studiums.

Und auch für Studierende sind Arbeitsverhältnisse und Mietpreise ein Thema, das an der Existenz nagt. Ein Studium ohne Nebenjob ist bei den Mietpreisen in Frankfurt nicht mehr möglich, wenn nicht Mami und/oder Papi einiges springen lassen.

Kritisches Denken aber braucht Raum und Zeit. Beides wird uns täglich im Dauerlauf zwischen Nebenjob, beschleunigtem Studium und Wohnungssuche genommen.

Es ist deshalb nicht an den Haaren herbeigezogen, die Uni in die Krisenproteste mit einzubeziehen und zu einem Kampffeld zu erklären, auf dem in Solidarität mit den Kämpfenden anderswo gegen die Krisenpolitik Widerstand organisiert werden muss. Die Haltung von vielen Studierenden und Beschäftigten, die zunehmend schlechtere Lage im Modus individualisierten Ausharens zu bewältigen, muss dafür durchbrochen werden. Wir sollten Schluss damit machen, den Stress und die Existenzängste, mit denen das Bildungssystem uns vor sich herreibt, mit uns selbst auszuhandeln und höchstens mal beim Kaffee darüber zu meckern. Manche haben vielleicht Angst an dem Ast zu sägen, auf dem sie sitzen. Doch was, wenn andere dafür sorgen, dass er morsch wird und er ohne Eigenes zutun bricht. Dann landet man trotzdem auf dem Arsch – und hat auch noch seine Subjektivität in den Wind geschossen. Der Widerstand gegen die Studiengebühren seit 2006 hat außerdem gezeigt, dass es möglich ist, Verbesserungen des eigenen Lebens gemeinsam zu erkämpfen.

Auch deshalb ist es sinnvoll, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und den Rahmen des vorgeschlagenen Streiktages zu nutzen. Um nicht schon wieder auf dem Arsch zu landen, um zu signalisieren, dass es so nicht weitergeht, in den quälenden Alltag einzugreifen und die Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, mit denen wir alltäglich an der Uni konfrontiert sind – von der Arbeitsüberlastung über die Entdemokratisierung bis hin zur Abschaffung kritischen Denkens und Schließung studentisch-selbstverwalteter Räume.

Der gemeinsame Widerstand gegen diese konkreten Eingriffe in unser eh schon beschädigtes Leben ist gleichzeitig praktische Solidarität mit unseren Genoss_innen, die in den Betrieben in Spanien, Griechenland, der BRD und in der ganzen Welt kämpfen. Ein europäischer Streik bietet uns die Gelegenheit, Widerstand gegen die deutsche Krisenpolitik und deren Konsequenzen sowohl innerhalb der BRD als auch in den sogenannten »Krisenländern« auf die Straße zu bringen und die Angriffe auf unser

Leben in einen größeren Kontext zu setzen. Dieser Kontext heißt Kapitalismus, wo die Bedürfnisse der Menschen dem Kalkül der Profitmaximierung unterworfen sind, ob auf der Arbeit, in der Uni oder sonstwo!

In der »Mieten ja wat denn«-Woche des AStA⁶ vom 07. – 13.10. wird es montags um 20 Uhr hierzu einen Workshop geben, bei dem wir gemeinsam diskutieren werden, wie wir für unsere Lebensbedingungen und gegen deren permanente Verarmung kämpfen wollen. Dazu möchten wir alle Interessierten, Motivierten, Zeitverschwender_innen und Freund_innen des kommenden schönen Lebens herzlichst einladen. Achtet also auf das Programm.

Ihr könnt euch außerdem per Mail bei uns melden, wenn ihr mitmachen wollt, Fragen, Ideen oder was auch immer habt:
hoch_schule-m31-ffm@riseup.net

campusantifa frankfurt

- 1 Wer eine gute und knappe Krisenanalyse lesen möchte, die hier leider nicht zu leisten ist, dem_der seien die »Thesen zur Krise« von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft empfohlen, erschienen in: Kosmoprolet #2 (auch unter: www.kosmoprolet.org/thesen-zur-krise).
- 2 Zur Lage des griechischen Gesundheitssystems vgl. den Bericht von Nadja Rakowitz unter: www.labournet.de/internationales/griechenland/griechische_schuldenkrise-griechenland/krise-gr-all/austeritatspraxen-nadja-rakowitz-uber-gesundheitliche-nebenwirkungen-der-troika-politik-in-griechenland/.
- 3 Zu den Zwangsräumungen in Spanien vgl. den Artikel von Annika Müller in: konkret 2/2013, S. 16 – 18.
- 4 Vgl. den Artikel »Happy Birthday, Schweinesystem« von Tomasz Konicz unter: www.streifzuege.org/2013/happy-birthday-schweinesystem.
- 5 Der Aufruf zur Diskussion dieses Vorschlags ist zu finden unter: www.strikem31.blogspot.eu.
- 6 www.asta-frankfurt.de/termine/mieten-ja-wat-denn

ZUM EXZELLENZCLUSTER

**»DIE HER-
AUSBILDUNG
NORMATIVER
ORDNUNGEN«**

Dieser Text stellt ein kleines Vorwort zum nachfolgenden Artikel dar. Er soll eine erste kritische Auseinandersetzung mit den Forschungsaktivitäten des Clusters für »Die Herausbildung normativer Ordnungen« ermöglichen. Da sich der Artikel auf zwei konkrete Projekte des Clusters bezieht, ist es an uns noch ein paar einleitende Worte zur allgemeinen Verortung des Clusters zu verlieren.

Hochschule im Kapitalismus

Vorweg: Die Universität, mit ihrer Forschung und Lehre, ist unter den bestehenden Verhältnissen eine Universität des Kapitals und hat per se nichts Emanzipatorisches zum Ziel. Was wir damit meinen, ist schnell umrissen: Wenn die ganze Gesellschaft sich am Prinzip der Profitmaximierung zu orientieren hat, dann ist die Universität davon nicht ausgenommen, sondern konkreter Bestandteil dessen. Nach innen wird dies durch die sogenannten Sachzwänge bei Finanzierungsfragen deutlich, nach außen hin werden die Universitäten vor allem als Forschungs- und Arbeitskraftfabriken für den Standort – sei es nun Frankfurt, Hessen oder Deutschland – hergerichtet. Emanzipatorische Forschung und Bewegung an Universitäten mussten immer erkämpft werden und sind stets prekär. Die Nicht-Berufung von kritischen Wissenschaftler_innen, die Nicht-Besetzung von Lehrstühlen, oder auch die Diffamierung von Studierendenbewegungen, die eben genau diese Problematik in den Fokus nahmen und nehmen sind nur wenige Beispiele hierfür.

Kritisch, kritischer, normative orders?

Die Lücke am Cluster zwischen eigener Darstellung, mit gern getätigtem Verweis auf die Kritische Theorie in Frankfurt, und tatsächlicher Forschung ist groß. Gleich der zu beobachtenden gesamtgesellschaftlichen Bewegung, wird sich zwar mit allem beschäftigt, was die Theorie so hervorgebracht hat – neben Rawls werden auch Hegel und Marx angeschnitten oder der linksradikale Pop-Philosoph Žižek eingeladen. Nur zur Gesellschaft selbst wird keine Position bezogen. Die Forscher_innen am Cluster beobachten lieber die Entstehung normativer Ordnungen aus einer Elfenbeinturm-Position heraus, als deren Wirkung auf die Menschen zu kritisieren und den Zusammenhang mit den poli-

tisch-ökonomischen Verhältnissen zu analysieren. Letzteres wäre mit der marktförmigen Ausrichtung und Selbstdarstellung des Clusters auch wenig kompatibel. Was bleibt, ist ein Theorie-Brei der nicht zur Kritik, sondern zur Affirmation des Bestehenden beiträgt.

Die Erkenntnisse und Positionen der einstigen Kritischen Theorie, wie die Fortführung der marxischen Analyse, dass der Kapitalismus eine eigene Form der Herrschaft des Sachzwangs begründet, Mensch und Natur lediglich als Produktionsmittel verbraucht und hinten wieder ausscheißt, sind im Cluster nicht mehr zu finden. Die Forschungsgrundlage des Clusters scheint völlig ohne eine Problematisierung dieses Aspektes auszukommen. Stattdessen wird versucht Aussagen zu normativen Ordnungen des menschlichen Zusammenlebens zu treffen, ohne ernsthaft zu hinterfragen, was die normative Ordnung einer kapitalistischen Produktionsweise mit all dem zu tun haben könnte.

Diese liberal-ideologische Grundausrichtung des Clusters erscheint uns umso problematischer, wenn wir uns die (führungs-)personelle Verschränkung von mehreren, einst eigenständigen Forschungsbereichen ansehen. Hier verkehrt sich die viel gepriesene interdisziplinäre Forschung in einen millionenschwere liberalen Platzhirsch, neben dem an der Uni-Frankfurt kaum Platz für kritische Lehre und Forschung bleibt. Es drängt sich die Frage auf, wem solche Wissensproduktion am Cluster eigentlich von Nutzen ist, oder zumindest nutzen kann, wenn z.B. sozialer und politischer Widerstand erforscht wird, oft ohne die dahinterliegenden strukturellen Herrschaftsstrukturen ausreichend zu berücksichtigen. In letzter Konsequenz können die hier erarbeiteten Forschungsergebnisse zur Aufrechterhaltung bestehender dominanter Ordnung(en) eingesetzt werden.

Definiere Kriegsforschung

Genauer betrachtet, »können« die Forschungsergebnisse nicht nur zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung eingesetzt werden, sondern sie wurden genau dafür auch schon produziert. Da es sich hierbei um mehr als Sozialforschung handelt, wollen wir noch auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung von Schulen und Hochschulen hinweisen: Neben verstärkter Kooperation von Bundeswehr, Rüstungsunternehmen und (Hoch-)Schulen in Naturwissenschaft und Unterricht ist

auch ein sozialwissenschaftliches Interesse des Staates zu beobachten, seine Auslandseinsätze entsprechend zu untermauern.¹

Anfang des Jahres 2012 wurde unter den Studierenden der Goethe-Universität eine Urabstimmung durchgeführt – das Ergebnis: 76,3% der wählenden Studierenden lehnen Forschung und Lehre zu nicht-zivilen und nicht-friedlichen Zwecken ab, die dauerhafte Einschreibung einer Zivilklausel in die Statuten der Universität wird begrüßt. Die Einführung einer solchen Klausel sollte der fortgesetzten Militarisierung von Schule und Hochschule zumindest teilweise entgegenwirken. Auch wenn offene Kooperationen zu Kriegszwecken an der Uni Frankfurt mit Einführung der Zivilklausel schwieriger umzusetzen sind, so ist feststellbar, dass unter anderem am Cluster für Normative Ordnungen Beiträge dazu auf anderer Ebene geleistet werden.

Im nun folgenden Artikel gibt Peer Heinelt einen Überblick über verschiedene aus unserer Sicht problematische Forschungsbereiche der deutschen Universitätslandschaft – mit einem Fokus auf die Selbstdarstellung von Teilbereichen des an der Goethe-Universität angesiedelten Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen«. Unserer Ansicht nach kann diese Darstellung eine von mehreren möglichen Ausgangspunkten sein, sich aus einer linksradikalen Perspektive kritisch mit Ausrichtung und Inhalt der einzelnen Forschungsschwerpunkte auseinanderzusetzen.

1 siehe dazu die GEW-Broschüre »Stoppt die Militarisierung der Hochschule« unter www.antimilffm.blogspot.de/images/BroschreMilitarismus14.11.2010_02web.pdf

ZUM EXZELLENZCLUSTER

EXZELLENT ORDNUNGS- HÜTER

An etlichen deutschen Universitäten sehen Wissenschaftler_innen ihre Aufgabe in der Erforschung politisch missliebigen Verhaltens – auch in Frankfurt.

Anfang dieses Jahres bezog der von der Goethe-Universität Frankfurt unterhaltene sozialwissenschaftliche Exzellenzcluster »Die Herausbildung normativer Ordnungen« einen elf Millionen Euro teuren Neubau auf dem Campus im Stadtteil Westend. Das Gebäude, das je zur Hälfte von Bund und Land finanziert wurde, passe sich aufgrund der Fassadengestaltung »hervorragend in das Gesamtensemble ein«, erklärte die hessische Finanzstaatssekretärin Luise Hölscher anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten.¹ Mit keinem Wort erwähnte Hölscher indes, dass das besagte »Gesamtensemble« vom ehemaligen Verwaltungshochhaus des IG Farben-Konzerns bestimmt wird. Das Unternehmen, das in Auschwitz ein eigenes Konzentrationslager unterhielt, ist sowohl verantwortlich für die Plünderung der von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzten Länder als auch für die massenhafte Ausbeutung und Vernutzung von Zwangsarbeiter_innen. Die Verantwortung des nun auf dem IG Farben-Campus untergebrachten Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« wird im Folgenden Thema sein.

Der »Exzellenzcluster« analysiert einer Selbstdarstellung zufolge die angeblich durch den globalen Klimawandel bedingten »Verteilungskämpfe um knapper werdende lebenswichtige Ressourcen« – sowie die »sozialen und kulturellen Kämpfe«, die für den Fall prognostiziert werden, dass die »vorhersehbaren massenhaften Migrationen in die klimatisch günstigeren Zonen beginnen«.² Die Fragestellung legt den Schluss nahe, dass hier massiv an der Verteidigung der kapitalistischen Metropolen gearbeitet wird; einmal mehr stimulieren offenbar (potenzielle) soziale und ökonomische Krisen das ohnehin bestehende Interesse der Bourgeoisie, die Feinde der herrschenden Ordnung zu identifizieren und ihre Motive und Strategien kennenzulernen, um sie besser bekämpfen zu können. Folgerichtig befürchten die für den »Exzellenzcluster« tätigen Philosoph_innen, Historiker_innen, Politikwissenschaftler_innen, Jurist_innen, Ethnolog_innen, Ökonom_innen, Soziolog_innen und Theolog_innen denn auch eine drastische Verschärfung der innen- wie der außenpolitischen Situation. Da insbesondere die Menschen in der sogenannten Dritten Welt zahlreiche »Erfahrungen von Ungerechtigkeit, von Missachtung und Demütigung« gemacht hätten, seien sie geneigt, ihre »normativen Ansprüche« gegen den Westen »notfalls ... mit Gewalt« durchzusetzen, heißt es.³ Für die west-

lichen Länder wiederum könne dies bedeuten, dass ihre Einwohner_innen angesichts vielfältiger »Bedrohungsszenarien« das »Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Staaten« verlieren und sich einem »Gefühl der Ohnmacht« ausgesetzt sehen: »Die Ohnmacht einer Gesellschaft kann zur Ursache für Diktaturen und Kriege werden, den Einzelnen führt sie in die innere Emigration oder auch in links- oder rechtsorientierte Radikalisierung.«⁴

Die Dynamik der Dissidenz

Mit Fragen der »Radikalisierung« befasst sich auch das Projekt »Widerstand – Guerilla – Terrorismus« der Frankfurter Universität. Die hier beschäftigten Forscher_innen untersuchen nach eigenen Angaben die »Eskalationsmechanismen politischer Gewalt«: »Gewaltsame Dissidenz unterliegt spezifischen Dynamiken. Weder die Rote Armee Fraktion (RAF) noch Al Qaida – um nur zwei prominente Beispiele zu nennen – haben als Terrorgruppen angefangen, sondern sind schrittweise zu Terrorgruppen geworden. Dabei ist der Übergang von gewaltloser zu gewaltsamer Dissidenz fließend. Häufig lässt sich eine Entwicklung von politischem Widerstand über Guerillakriegführung bis zum Terrorismus beobachten. Dieser Prozess kann als eine doppelte Eskalation beschrieben werden: als vertikale Eskalation, bei der die Gewaltmittel verschärft und zunehmend Regeln der Konfliktaustragung gebrochen werden, und als horizontale Eskalation, wobei sich der geographische Aktionsradius der Gruppe erweitert.« Aufbauend auf dieser Einschätzung will man nicht nur die »Bedeutung transnationaler Kooperation für die strategischen Entscheidungen dissidenter Akteure« ausloten, sondern vor allem den »Übergang von radikalem aber gewaltlosem Widerstand zu immer gewaltsameren Formen politischer Dissidenz« erklären – mit dem expliziten Ziel, »Mechanismen zu identifizieren, die zu einer Umkehr dieses Prozesses führen«.⁵

Projektleiter Christopher Daase hat indes mitnichten nur die Aktivitäten von Militanten und »Terrorist_innen« im Visier; er beobachtet nach eigener Aussage ebenso aufmerksam die »Unruhen unter jugendlichen Einwanderern in französischen Banlieues«, die »bürgerlichen Proteste gegen technische Großprojekte«, die »nationale(n) Proteste gegen Sparpläne der Regierungen in Griechenland oder Spanien« und die »Aktionen internationaler Aktivisten bei G8-Gipfeln«. Die genannten Phänomene werden von dem Politologen allesamt unter dem Begriff

»internationale Dissidenz« summiert, verstanden als »radikale, mitunter gewaltsame Kritik globaler Herrschaft«. ⁶ Dementsprechend umfassend engagiert sich Daase: Der Inhaber des Lehrstuhls für »Internationale Organisationen« an der Universität Frankfurt gehört zum Vorstand der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), ist Teil des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« und hat bis April dieses Jahres das Forschungsprojekt »Sicherheitskultur im Wandel« geleitet.

Sicherheitskultur

Ähnlich wie der »Exzellenzcluster« und die mit diesem eng verbundenen »Dissidenzforscher_innen« ist auch »Sicherheitskultur im Wandel« (SiW) angetreten, politische Radikalisierungsprozesse zu kontern und die Feinde der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in ihre Schranken zu weisen. SiW wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit mehr als einer Million Euro finanziert und ist Teil des von diesem aufgelegten Programms zur »zivilen Sicherheitsforschung«. Hierunter fällt nicht nur die Entwicklung von Repressions- und Überwachungstechniken aller Art, sondern auch die Untersuchung der »gesellschaftlichen Dimensionen« von »Sicherheit«. ⁷ So befassen sich andere in diesem Bereich angesiedelte wissenschaftliche Vorhaben etwa mit der Steigerung der Resilienz respektive Widerstandsfähigkeit westlicher Gesellschaften gegen Angriffe feindlicher Kombattant_innen (»Terrorist_innen«) im Inland ⁸ und fragen, »inwieweit externe Konflikte und das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland Rückwirkungen auf islamistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland haben« ⁹.

Passend hierzu untersuchte das Forschungsprojekt »Sicherheitskultur im Wandel« die bei der deutschen Bevölkerung vorhandene Akzeptanz für staatliche Repressionsmaßnahmen. Den Ausgangspunkt bildete dabei folgende Einschätzung: »Während einige gesellschaftliche Gruppen Terrorismus als die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung ansehen und neue Kontroll- und Überwachungstechniken befürworten, fühlen sich andere Gruppen gerade durch diese Anti-Terrormaßnahmen in ihren individuellen Bürger- und Freiheitsrechten bedroht.« ¹⁰ Um vor diesem Hintergrund zu verhindern, dass die »Pluralisierung der gesellschaftlichen Deutungsangebote« zu einem »Verlust einer eindeutigen Orientierung darüber, was gefährlich ist«, führt ¹¹, empfehlen die Frankfurter Sozialwissenschaftler_innen der politischen Führung, »nicht-staatliche Sicherheitsakteure«

als »Koproduzenten von Sicherheit« in ihre Entscheidungen miteinzubeziehen. Gefragt sei ein Staat, der als »vermittelnder Manager und gesamtgesellschaftlicher Steuermann« im Rahmen einer umfassenden »Security Governance« auftrete, hieß es.¹²

Parallel dazu entwickelten die Frankfurter Forscher_innen Strategien, um die Erfolgsaussichten westlicher Militärinterventionen in den Ländern des globalen Südens zu erhöhen. Grundsätzlich bekennen sie sich zu einem »militärischen Humanismus«, der eine »völkerrechtliche Verantwortung des externen Eingreifens« überall dort verortet, »wo Regierungen die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleisten können« – und sehen sich gleichzeitig mit einem »Dilemma« konfrontiert: »Einerseits werden diffuse Anforderungen gegenüber der Politik artikuliert, um weitere Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu verhindern; andererseits erscheinen vielen Beobachtern aber militärische Handlungsinstrumente entweder als zu kostspielig, ineffektiv oder gar illegitim.« Gefragt wurde daher danach, welche »institutionellen Veränderungen« sich »empfehlen« ließen, um das »Spannungsverhältnis« zwischen »völkerrechtlich und öffentlich eingefordertem internationalem Eingreifen« und dem »tatsächlichen politischen Willen« dazu aufzuheben.¹³ Empirisch ermittelt wurden die entsprechenden Empfehlungen einer Selbstdarstellung zufolge unter anderem anhand der Untersuchung der »interministeriellen Zusammenarbeit im Rahmen von ›Provincial Reconstruction Teams« in Afghanistan«.¹⁴

Abgerundet wurde das Forschungsdesign des Projekts »Sicherheitskultur im Wandel« durch Überlegungen zu Fragen der »Sicherheitskommunikation«. Da »Informationen zwischen sicherheitspolitischen Akteuren und den Bürgern« ausschlaggebend für die »Legitimität« und die »Effektivität« politischer Entscheidungen seien, müssten »komplexe sicherheitspolitische Inhalte in klare Botschaften verpackt« werden, hieß es. Dies gelte insbesondere für den »Umgang mit Terrorismus, Pandemien, militärische(n) Auslandseinsätzen oder Migration« – zumal vermehrt »nicht-staatliche Gruppen und Initiativen« auf den entsprechenden Kommunikationsprozess Einfluss nähmen, indem sie »neue technologische Medien« nutzten.¹⁵

Ordnungszersetzung

Die vielfältigen Bedrohungen, denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ausgesetzt ist, sind allerdings nicht nur in der Mainmetropole Thema, sondern auch in Schwaben. Die Eber-

hard-Karls-Universität Tübingen unterhält seit 2011 einen geisteswissenschaftlichen »Sonderforschungsbereich« mit dem Titel »Bedrohte Ordnungen« (SFB 923). Die dort beschäftigten Wissenschaftler_innen untersuchen nach Angaben der Hochschule die »Regelhaftigkeiten« von »Revolutionen«, »Krisensituationen« und sozialen »Umbrüchen« mit dem Ziel, die Reaktionen der von den genannten »Bedrohungen« betroffenen Gesellschaften zu ermitteln: »Welche ... Ordnungen konnten dem Schock einer Katastrophe gut begegnen, welche nicht? Halten sie Erfahrungen bereit, die uns nützlich sein können?«¹⁶ Der interdisziplinäre Forschungszusammenhang, dessen »Teilprojekte« Namen wie »Aufruhr« oder »Ordnungszersetzung« tragen, wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit jährlich mehr als zwei Millionen Euro gefördert; beteiligt sind unter anderem Politolog_innen, Germanist_innen, Amerikanist_innen, Philolog_innen, Theolog_innen und Kulturwissenschaftler_innen.

»Aufruhr« definieren die Tübinger Wissenschaftler_innen als »spontanes, mitunter explosives Geschehen«, das durch den »Verlust sonst gültiger religiös-moralischer, politischer und sozialer Kontrollen wie sexueller Tabus, Gewaltverbote und Standesunterschiede« gekennzeichnet sei und »ohne formelle Anführer« auskomme. Auch teilen sie mit, dass bei einem veritablen Aufruhr selbst Betriebsrät_innen und politische Parteien »ihre Bedeutung verlieren«. Besonders interessiert die schwäbischen Forscher_innen folgende Frage: »Unter welchen Bedingungen können bestimmte Formen der Devianz und des Aufbegehrens, die Teil sozialer Ordnungen sind oder jedenfalls mit den Mitteln der Ordnung domestiziert werden können, umschlagen in Aufruhr, der die Ordnung selbst bedroht und sogar zeitweise dysfunktional werden lässt?« Näher kommen will man des Rätsels Lösung unter anderem durch die Betrachtung der Klassenkämpfe im Ruhrgebiet der 1920er und im England der 1980er Jahre; ermittelt werden soll, »unter welchen Bedingungen, auf welche Weise und mit welchen Folgen regional übliche Formen des Aufbegehrens in Montangebieten ordnungsbedrohenden Charakter annahmen.«¹⁷

Analog dem Erkenntnisinteresse der Frankfurter »Dissidenzforscher_innen« befasst sich das Teilprojekt »Ordnungszersetzung« des Tübinger Sonderforschungsbereichs mit der Frage »politische(r) Gewalt«.¹⁸ Der auf diesem Feld tätige Politologe Andreas Hasenclever etwa will wissen, warum in »afrikanischen Entwicklungsländern« trotz »ähnliche(r) strukturelle(r) Rahmenbedingungen« ein »uneinheitliches Protestverhalten« beobachtet werden kann: »Während manche Identitätsgruppen zu friedlichem

Protest aufrufen und entsprechend handeln, mobilisieren andere ihre Anhänger für Gewalt und wenden diese auch an.«¹⁹ Hasenclevers Forschungsinteresse beschränkt sich allerdings nicht auf Afrika; im September 2010 organisierte der Wissenschaftler an der Tübinger Hochschule eine internationale Konferenz über »Radikalisierungsprozesse« und »terroristische Gruppen« in »westlichen Gesellschaften«. Dem Veranstaltungsprogramm zufolge wurde unter anderem danach gefragt, wo »ziviler Ungehorsam« ende und »Terrorismus« beginne sowie danach, ob »Terrorismus« eher in »weniger entwickelten Ländern« entstehe oder in Gesellschaften, die von einem »hohen Maß an Ungleichheit« geprägt sind.²⁰ An der Tagung, die überwiegend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, waren führende Mitarbeiter_innen deutscher und ausländischer Geheimdienste beteiligt, etwa Anja Dalgaard-Nielsen vom dänischen Inlandsgeheimdienst PET sowie Benno Köpfer vom Referat »Islamistischer Extremismus und Terrorismus« des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Operative Fallanalysen

Besonders eng dürfte sich die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler_innen und Repressionsbehörden auch bei einem Forschungsprojekt der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) und der Universität Luxemburg gestalten; untersucht werden laut einer Selbstdarstellung »soziale Bedingungen, biografische Verläufe, subjektive Bewältigungsmuster, Prozesse der sozialen und individuellen Identität, der Umgang mit Gewalt, Gruppenprozesse und politisches Engagement von Jugendlichen in neuen sozialen Bewegungen und linksaffinen Szenen«²¹. Der zuständige wissenschaftliche Leiter Wolfgang Kühnel, der an der HWR eine Professur für Soziologie innehat und dem dortigen Fachbereich »Polizei und Sicherheitsmanagement« zugeordnet ist, zählt im Auftrag des Bundeskriminalamts erstellte »operative Fallanalyse(n)« zu seinen »Praxisschwerpunkte(n)«.²² Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das im Rahmen seiner »Initiative Demokratie Stärken« insgesamt 4,7 Millionen Euro für diejenigen bereit hält, die ihm geeignet scheinen, »die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Phänomenen des Linksextremismus und des islamistischen Extremismus anzuregen und geeignete Präventionskonzepte zu entwickeln«²³. Für ein hierbei aufgetretenes Problem hat man nach eigenem Bekunden allerdings noch

keine Lösung gefunden; wie der ehemalige Verfassungsschützer Armin Pfahl-Traugher in einer »Expertise« für das Ministerium schreibt, zeigten sich insbesondere Angehörige der »Autonomen-Szene« selbst »gegenüber Wissenschaftler(n) wenig gesprächs- und kooperationsbereit«. ²⁴ Sie dürften wissen, warum.

Peer Heinelt

- 1 Markanter Mittelpunkt für herausragende Forschung; Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, des Hessischen Ministeriums der Finanzen und der Goethe-Universität Frankfurt am Main v. 08.02.2013
- 2; 3 Forschungsprogramm; www.normativeorders.net
- 4 14.06.2013 – 04.08.2013 Ohnmacht als Situation. Democracia, Revolütie & Polizey; www.fkv.de. Bei der angegebenen Quelle handelt es sich um die Ankündigung eines Ausstellungsprojekts des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« und des Frankfurter Kunstvereins (FKV). Der Text wurde mittlerweile von der Webseite des FKV entfernt.
- 5 Internationale Dissidenz – Teilprojekt 2: Transnationale Eskalationsmechanismen gewaltsamer Dissidenz; dissidenz.net
- 6 Christopher Daase/Nicole Deitelhoff: Internationale Dissidenz – Ein Forschungsprogramm. In: Julian Junk/Christian Volk (Hg.): Macht und Widerstand in der globalen Politik. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft 30, Baden-Baden 2013, S. 164
- 7 Bewilligte Projekte aus dem Themenfeld »Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung«; www.bmbf.de 10.09.2012
- 8 Siehe hierzu: Gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit; german-foreign-policy.com 31.05.2012
- 9 Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX); www.bmbf.de
- 10 Terrorismus; www.sicherheitskultur.org
- 11 Individuelle Ebene – Die Mikroebene; www.sicherheitskultur.org
- 12 Gesellschaftliche Sicherheit – Die Mesoebene; www.sicherheitskultur.org
- 13 Menschenrechte/Humanitäre Intervention; www.sicherheitskultur.org
- 14 Institutionalisierung; www.sicherheitskultur.org
- 15 Sicherheitskommunikation; www.sicherheitskultur.org
- 16 »Bedrohte Ordnungen«. Neuer geisteswissenschaftlicher Sonderforschungsbereich (SFB) bewilligt; Pressemitteilung der Eberhard-Karls-Universität Tübingen v. 26.05.2011
- 17 Der Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen« – Projektbereich A: Aufruhr; www.uni-tuebingen.de
- 18 Der Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen« – Projektbereich C: Ordnungszersetzung; www.uni-tuebingen.de
- 19 Der Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen« – Teilprojekt C05: Die Bedrohung politischer Ordnungen in afrikanischen Entwicklungsländern; www.uni-tuebingen.de
- 20 International Conference »Radicalization in Western Societies: Preventing »Homegrown« Terrorism«. 8 – 9 September 2010. University of Tübingen, Germany (Programm)
- 21 Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen; campus4u.hwr-berlin.de
- 22 Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Kühnel; www.hwr-berlin.de
- 23 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesprogramm »Initiative Demokratie Stärken«. Leitlinie zum Programmbereich, www.demokratie-staerken.de
- 24 Armin Pfahl-Traugher: Expertise »Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite«, Brühl 2010, S. 36

GENERAL- STREIK UND REPRO- DUKTIONS- ARBEIT

Auf den ersten Seiten wurde euch ein Einblick in die aktuelle Arbeit des »M31« Netzwerkes und dessen Aufruf zur Beteiligung an einem europäischen Generalstreik verschafft. Daran anschließend veröffentlichen wir hier die Rede »On the general strike« von 1974, mit der die italienische Feministin Mariarosa Dalla Costa für die Kampagne »Lohn für Hausarbeit« mobilisierte. Warum die Rede mehr ist als ein bemerkenswertes Zeitdokument, sei hier kurz erläutert.

Für uns wie für viele andere im M31-Netzwerk organisierte Gruppen, die sich eher im antifaschistischen Spektrum verorten, ist die Form des direkten Arbeitskampfes, die mit der Planung des Aktionstages wieder in den Fokus gerückt wurde, Neuland (besonders, wenn es eventuell auch noch um unsere eigenen Jobs geht, das aber nur am Rande bemerkt). Natürlich bringt diese Tatsache gewisse Herausforderungen mit sich – schließlich reicht es bekanntermaßen nicht aus, sich mit Flugblättern vor die Fabrik-tore zu stellen und »mal mit den Leuten drüber zu reden«. Aber das Vorhaben, Arbeitskämpfe wieder mehr in die eigene revolutionäre Strategie einzubeziehen (statt in regelmäßigen Abständen von Event zu Event zu hopsen), führt dazu, dass das »Wie?« nach langer Zeit wieder konkret diskutiert wird – auch das war erklärtes Ziel des M31 Papiers vom Mai 2013. Alten Konzepten wird mit neuen Fragen und neuen Konzepten mit alten Fragen begegnet.

Eines dieser Konzepte, das derzeit wieder auf dem linken Tableau auftaucht, sind die Forderungen der Kampagne »Lohn für Hausarbeit« aus den 1970er Jahren. 2012 erschien der Band »Aufstand aus der Küche« in der neuen Reihe »Kitchen Politics« (edition assemblage). Versammelt sind darin ein alter und zwei neue Essays von Silvia Federici, neben Dalla Costa, Selma James und anderen eine Schlüsselfigur der Kampagne »Lohn für Hausarbeit«. In den beiden neuen Texten unterzieht sie die Forderungen von damals sowie die zugrundeliegenden gesellschaftlichen und ökonomischen Analysen einer Aktualisierung. Das Buch wird seit seiner Veröffentlichung in Blogs rezensiert und in Lesekreisen besprochen (siehe Kasten) und sorgt für ein Revival feministischer Ökonomiekritik, wie sie vor allem von Dalla Costa in ihrem wegweisenden Text »Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft« (1972) entworfen wurde. Der Hauptverdienst der theoretischen Diskussionen rund um diese Kampagne liegt darin, die aus historischen Gründen zum Großteil von Frauen geleistete Haus- und Reproduktionsarbeit (vor allem die Produktion und Reproduktion von neuen Lohnarbeiter_innen) als den Sockel der Ausbeutung der Lohnarbeit enthüllt zu haben. Durch diese historisch-materialistische Anreicherung der Patriarchatsanalyse konnte die Dichotomie von der Kritik an kapitalistischer Lohnarbeit und dem Patriarchat überwunden und beide als dialektisch vermittelt, begriffen werden.

Zum ersten Mal wurde die essentielle Bedeutung von (unsichtbarer, weil unentlohnter) Reproduktionsarbeit zur Stabilisierung des Kapitalismus deutlich gemacht und so die marxistische Theorie um einen gewaltigen blinden Fleck gebracht. Strategie

gisch mutet die Forderung nach einem Gehalt für die Arbeit in der Reproduktionssphäre zunächst wenig revolutionär an. Allerdings war das Ziel selbstverständlich nicht, sich mit einem Acht-Stunden-Tag und ein paar Urlaubswochen im Jahr abspesen zu lassen, sondern die Arbeit (wie jede andere Arbeit auch) niederlegen und so in einen Streik treten zu können. Als feministisches Projekt war die Diskussion rund um »Lohn für Hausarbeit« ein entscheidender Wendepunkt, weil es hier ans Eingemachte, an die materielle Basis ging und so ungleiche Geschlechterverhältnisse nicht bloß als kulturelles oder gar individuelles Problem behandelt und bekämpft werden konnten. Es ist bemerkenswert, dass mit »Kitchen politics« ausgerechnet ein queerfeministisches Kollektiv die Rückbesinnung auf den historischen Materialismus der Protagonistinnen von »Lohn für Hausarbeit« als Auftakt seiner Buchreihe gewählt hat, wird doch dem Queerfeminismus gerade die chronische Aussparung einer solchen Perspektive vorgeworfen.

Doch zurück zu Dalla Costas Rede. Die darin sehr konkret gestellten Forderungen sind teilweise von den historischen Entwicklungen eingeholt worden. Die Lage hat sich mittlerweile verändert, auf eine gewisse Art hat die Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit tatsächlich stattgefunden. Allerdings war es eine Vergesellschaftung unter kapitalistischen Vorzeichen, das heißt in der Form der Ware. Und obwohl mittlerweile die meisten Pflegearbeiter_innen für ihre Arbeit (wenn auch in den allermeisten Fällen erbärmlich schlecht) entlohnt werden, hat sich an ihren Möglichkeiten, in den Arbeitskampf einzutreten, wenig geändert. In den besonders krisengebeutelten Ländern findet eine Rückentwicklung in die unbezahlte Sorge innerhalb der Familie statt, wo irgendwie versucht werden muss, den Zusammenbruch der staatlichen Gesundheits- und Sozialsysteme aufzufangen. Unser Ziel, vor allem im Zuge der M31 Mobilisierung, ist es, Möglichkeiten zu finden, die spezifische Bedingungen und die Bedeutung der Reproduktionsarbeit (dazu zählen beispielsweise Erziehungs-, Pflege-, Betreuungs- und Sexarbeit) zu thematisieren. Sie ist es, durch die der ganze, miese Laden am Laufen gehalten wird. Sie ist am schwersten in einen »klassischen« Streik zu integrieren. Und gerade hier lohnt es sich, über neue Formen des gemeinsamen Kampfes nachzudenken. Denn damit stößt man zwangsläufig auf die grundsätzliche Frage nach neuen Formen des Zusammenlebens, wie wir es uns wünschen.



ZUM GENE- RALSTREIK (1974)

Die feministische Bewegung in Italien eröffnet heute die Kampagne »Lohn für Hausarbeit«. Wie ihr in den Liedern hören, auf den Fotos der Ausstellung sehen und auf den Plakaten lesen konntet, sind es viele Fragen, die wir heute stellen: Fragen nach den barbarischen Bedingungen bei Abtreibungen, dem Sadismus, dem wir in Geburts- und gynäkologischen Kliniken ausgeliefert sind, unseren Arbeitsbedingungen (in Jobs außerhalb des Hauses sind unsere Bedingungen immer schlechter als die von Männern, zuhause arbeiten wir unbezahlt) der Tatsache, dass soziale Dienstleistungen entweder gar nicht existieren oder so schlecht sind, dass wir unsere Kinder sie nicht nutzen lassen wollen – und so fort.

Nun fragen einige Leute sich vielleicht, wie die Kampagne, die wir heute eröffnen, mit all jenen Problemen zusammenhängt, die wir in den Gesprächen, Liedern, Filmen und Ausstellungen zum Inhalt gemacht haben und gegen die wir kämpfen.

Wir glauben, dass die Schwäche aller Frauen – die bedingt, dass wir aus der gesamten Geschichtsschreibung herausgestrichen sind, die bedingt, dass wir, wenn wir das Haus verlassen, mit den abstoßendsten, unterbezahltesten und unsichersten Jobs zurechtkommen müssen – auf der Tatsache basiert, dass all wir Frauen, egal was wir tun, bis zum Äußersten müde und erschöpft sind von den 13 Stunden Hausarbeit, die niemand jemals wahrgenommen hat, für die niemand jemals bezahlt hat.

Wir alle machen Hausarbeit; es ist das einzige, was alle Frauen gemeinsam haben, es ist die einzige Grundlage, auf der wir unsere Kraft vereinen können, die Kraft von Millionen von Frauen.

Nicht zufällig haben Reformist_innen jeder Couleur die Idee unserer Organisierung auf der Grundlage von Hausarbeit schon immer abgelehnt. Sie weigerten sich stets, Hausarbeit als Arbeit anzuerkennen, gerade weil genau darin die einzige Arbeit besteht, die wir alle gemeinsam haben.

Es ist eine Sache, es mit zwei oder dreihundert Arbeiterinnen einer Schuhfabrik zu tun zu haben. Eine ganz andere Sache ist es, sich Millionen von Hausfrauen gegenübergestellt zu sehen. Und da all die Fabrikarbeiterinnen gleichzeitig auch Hausfrauen sind, ist es erst recht ein Problem, wenn die zwei- oder dreihundert Arbeiterinnen sich mit Millionen von Hausfrauen zusammenschließen.

Genau das ist es aber, was wir heute, hier, auf die Agenda setzen. Es ist der allererste Augenblick unserer Organisation. Wir haben entschieden, uns um die Arbeit herum zu organisieren, die wir alle verrichten, und dadurch die Kraft von Millionen von Frauen zu erreichen.

Da Millionen von Frauen die Hausarbeit gemeinsam haben, betrachten wir die Forderung von Löhnen für Hausarbeit als eine direkte Forderung von Macht.

Wenn es uns gelingt, uns zu Millionen für diese Forderung zu organisieren, – und es befinden sich schon beachtlich viele von uns auf diesem Platz hier – können wir uns genug Macht verschaffen, um nicht mehr in einer geschwächten Position zu sein, sobald wir das Haus verlassen. Wir können außerdem neue Arbeitsbedingungen in der Hausarbeit selbst schaffen – wenn ich mein eigenes Geld im eigenen Beutel habe, kann ich eine Geschirrspülmaschine kaufen, ohne mich schuldig zu fühlen und ohne bei meinem Ehemann monatelang betteln zu müssen, weil er, der den Abwasch nicht macht, eine Geschirrspülmaschine unnötig findet.

Wenn ich mein eigenes Geld habe, ausgezahlt in meine eigenen Hände, dann kann ich die Bedingungen der Hausarbeit selbst ändern. Und außerdem bin ich dann in der Lage, zu entscheiden, ob ich eine andere Arbeit annehme. Wenn ich 120000 Lire für Hausarbeit bekomme, werde ich mich niemals wieder für 60000 in einer Textilfabrik, als jemandes Sekretärin, als Kassiererin oder Platzanweiserin im Kino verkaufen. Wenn ich einen bestimmten Betrag an Geld in meinen eigenen Händen halte, wenn ich die Kraft von Millionen von Frauen auf meiner Seite habe, bedeutet das auch, dass ich eine vollkommen neue Qualität von Dienstleitungen, Kinderkrippen, öffentlichen Kantinen bestimmen kann. Strukturen also, die unverzichtbar sind, um unsere Arbeitsstunden zu reduzieren und uns ein soziales Leben zu ermöglichen.

Lasst uns noch von etwas anderem sprechen. Auf diesem Platz hier versammelten sich lange Zeit männliche Arbeiter, die auf die Straße gegangen waren, um gegen die Zahl ihrer Arbeitsstunden und für mehr Geld zu kämpfen.

In den Fabriken von Porto Marghera gab es viele Streiks, viele Kämpfe. Wir erinnern uns gut an die Märsche der männlichen Arbeiter, die in Porto Marghera begannen, die Mestre Brücke überquerten und an diesem Platz ankamen.

Aber eins muss deutlich gesagt werden: Kein Streik war jemals ein Generalstreik. Wenn die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung zuhause in den Küchen ist, während die andere streikt, dann ist es kein Generalstreik. Wir haben noch nie einen Generalstreik gesehen. Was wir gesehen haben, sind Männer, hauptsächlich Männer der großen Fabriken, die auf die Straße gingen, während ihre Frauen, Töchter, Schwestern und Mütter weiter in den Küchen das Essen zubereiteten.

Heute, auf diesem Platz, mit der Eröffnung unserer Mobilisierung zur »Lohn für Hausarbeit«-Kampagne, setzen wir auf die Agenda: unsere Arbeitszeit, unseren Urlaub, unsere Streiks und unser Geld. Wenn wir eine Stufe der Macht erreichen können, die uns erlaubt, unsere 13 oder mehr Arbeitsstunden pro Tag auf 8 oder sogar weniger zu reduzieren, wenn wir gleichzeitig auch noch unseren Urlaub auf die Agenda setzen können – denn es ist kein Geheimnis, dass an Sonntagen und während der Ferien Frauen niemals frei haben – dann können wir, vielleicht, das erste Mal von einem Generalstreik der arbeitenden Klasse sprechen.

MARIAROSA DALLA COSTA

**NICHT
EINFACH SO
WEITER!**

Am 17. April 2013 begann am Oberlandesgericht München der Prozess gegen einige Akteur_innen des Nationalsozialistischen Untergrunds. Angeklagt sind Holger Gerlach, André Eminger, Carsten Schultze, Ralf Wohlleben und Beate Zschäpe.

Auch wenn wir bis heute nicht genau wissen und wissen können, wie genau der NSU strukturiert war, wer was tat und wer wie viel wusste, so ist doch unzweifelhaft klar, dass er mehr Akteur_innen umfasste, als die fünf in München angeklagten. Der NSU war nicht das »Terrortrio«, als das er oft in der boulevardesken Berichtserstattung erscheint, er war logistisch und ideologisch in Nazistrukturen eingebunden. Nur so konnte er 12 Jahre lang im Untergrund agieren, zehn Menschen ermorden, mindestens einen Sprengstoffanschlag verüben und eine ganze Reihe von Banküberfällen begehen. Nicht angeklagt sind die Mitarbeiter_innen der Verfassungsschutzämter, die das Umfeld des NSU mitaufgebaut, logistisch unterstützt, finanziert und bei den Morden des NSU zumindest weggesehen haben.

Die Mordserie des NSU bedeutet für die Linke eine Zäsur, einen Bruch, nach dem es nicht einfach so weitergehen kann. Der Prozess kann nur ein Anlass sein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus zu demonstrieren und den Opfern und ihren Angehörigen gegenüber Empathie und Solidarität auszudrücken. Ein Anlass unter unendlich vielen. Der Schock, den das Bekanntwerden des NSU und seiner Morde hinterlassen hat, sitzt noch immer tief. Die Konsequenzen, die wir aus dem NSU und der rassistischen Mordserie ziehen müssen, sind noch längst nicht klar. Angesichts des Ausmaßes der NSU-Morde war die Reaktion von Antifas über einige Zeit oft verhalten und defensiv. Wir stehen noch immer am Anfang einer Debatte. *Doch eines scheint uns klar und notwendig: Das Problem heißt Rassismus und der Kampf muss sich offensiv gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus richten, der die Grundlage des Naziterrors ist.*

Wenige Tage nach Bekanntwerden des NSU schrieb der Spiegel: »Doch schon jetzt steht fest: Deutschland hat es mit einem neuen Phänomen zu tun – kaltblütig mordende Rechtsextremisten« und hatte damit Recht und Unrecht zugleich. Recht hatte er, weil sich tatsächlich nur wenige vorstellen konnten, was über die letzten zwölf Jahre vor sich gegangen war. Das »Neue« daran ist aber nicht, dass Nazis kaltblütig morden, sondern, dass sie dabei über einen so langen Zeitraum nicht entdeckt wurden, weil Ermittlungsbehörden und weite Teile der Öffentlichkeit die rassistische Dimension der Mordserie nicht begriffen haben, »neu«

scheint auch das Ausmaß der Verstrickungen des Inlandsgeheimdienst und der staatlichen Sicherheitsbehörden, die Strukturen um den NSU herum aufbauten und finanzierten und die Morde zumindest nicht gesehen haben oder nicht eingeschritten sind. Die Erkenntnis aber, dass Nazis kaltblütig morden, solange sie niemand daran hindert, ist so banal, wie sie fürchterlich ist. Rassismus tötet und Mord war seit jeher zugleich Mittel und Zweck des Nationalsozialismus.

»Halbverrückte Spinner« und »Bedauerliche Pannen«

Die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden, die die rassistische Dimension der Morde nicht nur nicht sahen, sondern nicht sehen wollten, ist dabei auch keine »bedauerliche Panne« geschweige denn »Einzelfall«. Sie sind selbst Ausdruck des Rassismus innerhalb der Behörden. Und das auch nicht erst seit dem NSU.

Am 19. Dezember 1980 wurden in Erlangen Frida Poeschke und Shlomo Lewin in ihrer Wohnung ermordet. Lewin war Antifaschist, Rabbi und ehemaliger Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg. Der Mörder war Uwe Behrendt, Mitglied der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Er schoss mit einer Maschinenpistole mehrere Male auf Poeschke und Lewin, bis diese tot zusammenbrachen. Am Tatort ließ er eine Sonnenbrille zurück, die Franziska Birkmann, der Lebensgefährtin von Karl-Heinz Hoffmann, dem Anführer der Wehrsportgruppe, gehörte. Eine Gravur auf dem Bügel der Brille verwies auf ein Optikergeschäft im Nachbarhaus von Hoffmanns vormaliger Meldeadresse.

Die Polizei ermittelte damals »in alle Richtungen«. Konkret hieß das dann: innerhalb der jüdischen Gemeinde. Ermittlungen gegen neonazistische Gruppen gab es zunächst nicht. Auch damals wurde das antisemitische Motiv der Morde nicht ernst genommen, auch damals fielen erste Verdächtigungen auf das Umfeld der Opfer. Erst nach 5 Wochen wurde Birkmann das erste Mal vorgeladen, Behrendt hatte Zeit sich in den Libanon abzusetzen, wo er Suizid beging. Viele Spuren wurden überhaupt nicht verfolgt, wie etwa die Zeugenaussage bei der Munition handle



es sich um verschwundene Bestände der Polizeiinspektion aus dem nahe gelegenen Ansbach. Hoffmann, der damals in der Nähe von Erlangen wohnte, galt als Drahtzieher und Auftraggeber des Mordes. Im Prozess wurde er von einem ehemaligen Mitglied der Wehrsportgruppe belastet. Das Gericht allerdings glaubte Hoffmann, der behauptete, Behrendt sei »Einzeltäter« gewesen. Wegen anderer Delikte wurde Hoffmann zu neuneinhalb Jahren verurteilt, wegen »guter Führung« allerdings nach zwei Dritteln der Haftdauer frei gelassen.

Wenige Monate zuvor war es schon einmal eine Einzeltäterthese, die Hoffmann vor juristischer Verfolgung bewahrte. Gundolf Köhler, ebenfalls Mitglied der einige Monate zuvor verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann, platzierte in einem Mülleimer vor dem Haupteingang des Münchner Oktoberfests eine Nagelbombe. Durch die Explosion kamen 13 Menschen, unter ihnen Köhler, ums Leben, über 200 wurden zum Teil schwer verletzt. Es ist der verheerendste nazistische Anschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und des bayrischen LKA wurden nach zwei Jahren eingestellt, staatlicherseits wurde die Rolle der Wehrsportgruppe Hoffmann, die Frage nach der Herkunft der Bombe und der Motivation nicht aufgeklärt. Die Bundesanwaltschaft ließ – entgegen der Indizien – wissen, Köhler sei ein Einzeltäter, er habe »aus einer schweren persönlichen Krise und/oder aus übersteigertem Geltungsbedürfnis gehandelt«.

Die bayrische Staatsregierung hatte sich in den Jahren zuvor immer wieder geweigert, die Wehrsportgruppe Hoffmann zu verbieten. Der bayrische Innenminister bemerkte im Februar 1980 nach dem Verbot durch das Bundesinnenministerium, Grund sei nicht die reale Gefahr gewesen, sondern das Ansehen Deutschlands im Ausland, das unter den »halbverrückten Spinne[n]« leide.

Kein Jahr später hatten die »halbverrückten Spinner« 14 Menschen ermordet.

Bei den Ermittlungen zur Ermordung der Polizistin Michèle Kiewetter in Heilbronn hingegen dauerte es nicht lange, bis eine heiße Spur gefunden war. In der Nähe des Tatorts wurde gerade ein Volksfest aufgebaut. »Mehrere Sinti- und Roma-Familien mit ihren Wohnwagen« hielten sich »keine hundert Meter vom Tatort entfernt« auf, wusste der Stern seinerzeit zu berichten und weiter: Heilbronn liege »in der Nähe bekannter Stützpunkte großer Sinti- und Roma-Clans«. Von Seiten der Polizei hieß es damals:

»Wir prüfen auch intensiv im Zigeunermilieu«. Der Zynismus, der solchen Aussagen zugrunde liegt, ist eigentlich unaushaltbar. Während unbehelligt von Verfassungsschutz und Polizei der NSU im Wohnmobil quer durch Deutschland reist, um (vermeintlich) nicht-deutsche Menschen zu ermorden, nehmen die selben Sicherheitsbehörden die bloße räumliche Nähe von Wohnmobilen, die Rom_nija oder Sinti_zza gehören sollen, als ernstgemeintes Indiz, die Mörder_innen von Michèle Kiese Wetter entstammten einem »Zigeunermilieu«.

Die ermittelnden Beamt_innen nahmen zudem an, die von ihnen vernommenen Anwohner_innen würden »mehr über die Tat wissen, als sie angeben«. Hier wird das alte antiziganistische Bild der »inneren Verschworenheit gegenüber der Polizei« bemüht. Die Plausibilität, die die rassistischen Annahmen sowohl für die ermittelnden Beamt_innen, wie für breite Teile der Öffentlichkeit, die durch die Medien über das »Zigeunermilieu« »aufgeklärt« wurden, hatten und haben, sind nicht verständlich ohne die gewaltige und gewalttätige Macht die antiziganistische Vorstellungen, Bilder und Diskurse in Deutschland haben. Die irrsinnige Assoziationskette Wohnmobil – »Sinti und Roma« – Kriminalität – Verschworenheit gegenüber den Ermittler_innen – Mordbeteiligung erscheint aus antiziganistischer Perspektive in sich logisch und weiterer Begründung nicht bedürftig. Es ist dasselbe rassistische Denken, dass es über Jahre hinweg plausibel machte, anzunehmen, neun »türkische bzw. griechische« Gewerbetreibende seien in dubiose Geschäfte und mafiöse Machenschaften verstrickt und deshalb auch ermordet worden.

Dass Sinti_zza und Rom_nija zu Verdächtigen im Mordfall Kiese Wetter wurden, weil in der Nachbarschaft Menschen in Wohnwägen wohnten, ist keine ermittlungstechnische »Panne«, sondern Folge des Rassismus innerhalb der Polizeibehörden.

Dass die Polizei über Jahre hinweg rassistische Morde als internen Konflikt eines ebenfalls rassistisch markierten »kriminellen Milieus« behandelt, die Opfer und ihre Hinterbliebenen als Verdächtige und Verstrickte darstellt, ist keine ermittlungstechnische »Panne«, es ist Folge des Rassismus innerhalb der Polizeibehörden.

Dass die vielen Hinweise auf rassistische Motive bei neun der zehn bekannten NSU-Morde vernachlässigt wurden, ist keine ermittlungstechnische »Panne«, sondern Folge des Rassismus innerhalb der Polizeibehörden.

Als im Oktober letzten Jahres das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz die allgemeinen Mindeststandards bürgerlichen Rechts wahrte und entschied, racial profiling – also polizeiliche Maßnahmen und Kontrollen aufgrund von rassistischen Annahmen – sei illegal, tobte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt: »Man sieht wieder einmal, die Gerichte machen schöngeistige Rechtspflege, aber richten sich nicht an der Praxis aus!«

In einem Punkt ist Wendt zuzustimmen, die Praxis deutscher Polizeibehörden ist durch und durch rassistisch. Sei es durch Polizeikontrollen und alltägliche Schikane, sei es durch die Durchsetzung der Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit von Asylbewerber_innen und Gedulteten auf ein behördlich bestimmtes Gebiet eingrenzt, oder sei es durch rassistische Verdächtigungen und Ermittlungen, wie gegen die Anwohner_innen in Heilbronn und die Angehörigen der NSU-Mordopfer. Im Fall des NSU zeigt sich deutlich: hätte die Polizei nicht rassistisch ermittelt, wäre es vielleicht möglich gewesen, den Täter_innen auf die Spur zu kommen und damit weitere Morde zu verhindern.

All dies spielt sich in einer Gesellschaft ab, die sich um Sicherheit und Grundstückspreise fürchtet, wenn Asylbewerber_innen in ihr Stadtviertel ziehen, die sich nicht daran stört, dass Staatsangehörigkeit und ökonomische Verwertbarkeit bestimmen, wer hier leben kann und wer nicht, die bis heute den hunderttausendfachen industriellen Massenmord an Rom_nija, Sinti_zza und anderen als »Zigeuner« oder »Asozial« Verfolgten höchstens als Randnotiz beachtet und es ohne größere Rührung nimmt, dass tausende Menschen auf dem Weg nach Europa alljährlich im Mittelmeer ertrinken.

Das Problem heißt Rassismus!

Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe, aber auch die meisten ihrer Unterstützer_innen, erfuhren ihre politische Sozialisation Anfang der Neunziger Jahre. Im Zuge der Wiedervereinigung erhielten Deutschtümelei und Nationalismus im wiedererstarkten, vereinigten Deutschland enormen gesellschaftlichen Zuspruch. Zugleich erlebte die deutsche Naziszene einen großen Aufschwung, sie konnte Profit aus dem gesellschaftlichen Rechtsruck schlagen. Schnell schlug die Stimmung in offene Gewalt gegenüber (vermeintlichen) Nicht-Deutschen und Migrant_

innen um. In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen griffen Nazis zusammen mit Bürger_innen Flüchtlingswohnheime an, während gleichzeitig Politik und Presse gegen Flüchtlinge und Migrant_innen mobil machte. Ende November 1992 verübten Neonazis in Mölln einen rassistischen Brandanschlag auf zwei Häuser. Drei Menschen wurden dabei getötet. Zwei Wochen später einigten sich CDU/CSU und SPD auf den sogenannten »Asylkompromiss«, der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Am 26. Mai 1993 beschloss der Bundestag mit Zwei Drittel-Mehrheit und Stimmen aus CDU/CSU, SPD und FDP die Abschaffung Grundrechts, drei Tage später zündeten Neonazis in Solingen ein Haus an, das eine türkischen Familie bewohnte. Fünf Menschen starben, 14 wurden schwer verletzt.

Die Nazis konnten sich damals nicht ganz zu Unrecht auf die Fahnen schreiben als »bewaffneter Arm der Stammtische« erfolgreich gewesen zu sein und das nicht trotz, sondern wegen der tödlichen Gewalt, die von ihnen ausgeht. Es ist die Erkenntnis, dass Nazis und andere gewalttätige Rassist_innen, jenseits von parlamentarischer Vertretung, durch Terror ihren Beitrag zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl leisten konnten, die bis heute nachwirkt. Diejenigen, die damals von »Asylantenschwemme« und »Das Boot ist voll« sprachen und damit die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vorantrieben, haben das Fundament für die Brandanschläge, Pogrome und Morde gelegt, selbst wenn sie sich nachher im Schein der Lichterketten betroffen zeigten. Die Folgen dieses Bündnisses aus Mob und Elite sind bis heute präsent: die militarisierte Migrationspolitik der Europäischen Union, Frontex und die tausenden auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer Ertrunkenen.

Bei aller Notwendigkeit die Verstrickungen des Staates oder Teile seiner Organe zu skandalisieren, ist es vielsagend, wenn weiten Teilen der Linken zum Thema NSU nicht viel mehr einfällt als die – sicherlich richtige – Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes. All jene Erklärungsansätze für den NSU, die sich ausschließlich für das Trio Mundlos – Bönnhardt – Zschäpe und die Verwicklungen des Verfassungsschutz interessieren, laufen ins Leere.

Rassismus als Leitmotiv steht an zentraler Stelle, sowohl was die Taten und die Verfasstheit des NSU in Bezug auf die Vorgehensweise staatlicher Behörden angeht, als auch ihrer medialen Thematisierung. Dementsprechend halten wir es für elementar notwendig, antirassistische Theorie und Praxis offensiv voranzubringen.

Antirassismus muss mehr sein, als Aufklärung und gute Argumente. Keineswegs kann es nur darum gehen, das Leben in den hiesigen Verhältnissen ein bisschen weniger menschenverachtend und ein bisschen weniger ausgrenzend zu gestalten. Ideologien der Ungleichwertigkeit sind einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Konkurrenz, Profit- und Verwertungslogik gründet, immanent. Staat, Nation und ihre Grenzen bedingen zwangsläufig Ausschluss und die Genese des modernen Rassismus fällt nicht zufällig mit der Herausbildung kapitalistischer Wirtschaftsweise und kolonialer Herrschaft zusammen.

Auch im Zuge der aktuellen Krise zeigt sich deutlich, wie sehr rassistische Imperative zur Durchsetzung und Absicherung handfester kapitalistischer Interessen ins Felde geführt werden und wie schnell eigentlich überkommen geglaubte Bilder »fauler« und zu ökonomischem Handeln unfähiger Südeuropäer_innen wieder an Bedeutung gewinnen können. Doch ist es falsch, Rassismus nur als eine Ideologie zu betrachten, die – mehr oder minder zielgerichtet und intentional – bei gesellschaftlichen Konfliktsituationen in Stellung gebracht wird. Sei es durch Spaltungsimpulse, das Aufstellen von Sündenböcken oder zur handfesten Herausarbeitung von Privilegien der Mehrheitsgesellschaft um als Ventil und Rettungsanker der bestehenden Verhältnisse zu dienen. Rassismus ist weit mehr als das! Er ist eine komplexe, die gesamte Gesellschaft und alle ihre Teilbereiche durchziehende und bestimmende Struktur und Organisationsweise, von der es in dieser Gesellschaft kein Außen geben kann.

Eine konsequente Antwort auf den Themenkomplex NSU muss mehrgleisig fahren. Zum Einen hat klassische Anti-Nazi-Arbeit nichts von ihrer praktisch-politischen Notwendigkeit verloren – im Gegenteil: Nazis müssen auf allen Ebenen bekämpft werden. Spätestens durch all die »Skandale«, Vertuschungen und Verstrickungen des Inlandsgeheimdienstes könnte es selbst den noch so Staatsgläubigen bewusst geworden sein, dass diese Institution nichts, aber auch gar nichts, zum Besseren zu wenden vermag, sondern Teil des Problems und nicht seiner Lösung ist. Die Bestrebungen dieser Einrichtung mehr Kompetenzen, etwa in der Bildungsarbeit, zu erlangen gilt es zurückzudrängen und zu delegitimieren. Der Inlandsgeheimdienst gehört abgeschafft, anstatt auch noch mit einem gemeinsamen Abwehrzentrum in Zusammenarbeit mit dem BKA belohnt.

Eine Kritik, die die Zusammenhänge zwischen alltäglichem, »ganz normalen« und institutionalisiertem Rassismus mit dem

Terror der Nazis nicht sieht oder nicht sehen will, blamiert sich an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Der Kampf gegen Nazis muss immer auch der Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen sein.

Nicht einfach so weiter!

antifa nt, München

»Nazis morden, ...«

Untersuchungsausschuss-Bericht abgegeben (leicht geschwärzt), »multiples Behörden-Versagen« (S Edhaty, SPD) konstatiert, sich über Zschäpes »geschmackvolles« Outfit beim Prozessauftritt gewundert und mal wieder ein NPD Verbot gefordert sowie die »Effizienz« des Verfassungsschutzes durch seine Verzahnung mit der Bundespolizei erhöht: So oder so ähnlich könnte die inzwischen beinahe abgehakten Reaktionen der bürgerlichen Öffentlichkeit knapp zwei Jahre nach Aufliegen des faschistischen Terrornetzwerks »NSU«, das 12 Jahre lang rassistisch mordend durch die BRD zog, zusammengefasst werden. Aber auch in der Linken scheint das Thema jenseits der obligatorischen Erwähnung in Aufrufen und Demoreden, dass man sich von nun an beim Kampf gegen Faschismus nicht auf den Staat verlassen könne (was wir aber eigentlich auch schon immer wussten), mittlerweile keine großen Diskussionen mehr zu provozieren.

Wir meinen jedoch, dass die Diskussion um faschistischen Terror und gesellschaftlichen Rassismus erst an einem Anfangspunkt stehen kann, angesichts des historischen Einschnitts, den die Aufdeckung des NSU bedeutet.

Wir wollen in dieser Veranstaltungsreihe mit euch und verschiedenen Referent_innen daher u.a. folgende Fragen diskutieren:

- Was bedeutet es für die antifaschistische Linke, wenn sie mit einem Staatsapparat konfrontiert ist, von dem Teile offensichtlich dabei geholfen haben, faschistische Terrorgruppen mitaufzubauen?
- Wie sind die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses aus linker Perspektive zu bewerten?
- Inwiefern hat der in BRD weitverbreitete staatliche und gesellschaftliche Rassismus den jahrelangen Terror ermöglicht?
- Wie kann dieser in der Zukunft effektiv bekämpft werden?

Am 12. November wird das Antifaschistische Presse-Archiv und Bildungszentrum (apabiz) über die neuesten Entwicklungen aus Prozess und Untersuchungsausschuss informieren sowie die Kontinuitätslinien faschistischen Terrors in der BRD aufzeigen.

Am 26. November referiert Detlef zum Winkel über die staats-

theoretischen Implikationen des NSU-Komplexes und wird dabei insbesondere auf die Frage eingehen, ob von einer Faschisierung der Staatsapparate ausgegangen werden muss.

Am 4. Dezember wird die Antifa NT aus München die Thesen aus ihrem Text »Nicht einfach so weiter« vorstellen und sie mit euch diskutieren.

Achtet auf genaue Ankündigungen bezüglich der Veranstaltungsorte!

Neuer Reader erschienen

Autoritär. Elitär. Reaktionär

Der AStA der Uni FFM hat Anfang 2013 unter dem Namen *Autoritär. Elitär. Reaktionär* einen Reader zur Kritik am Verbindungswesen herausgebracht. Neben der Geschichte von Burschenschaften, einer feministischen Kritik an den deutschtümelnden Männerbünden sowie einem Artikel zu den sozialpsychologischen Implikationen einer burschenschaftlichen Sozialisation, finden sich darin unter anderem auch zwei von uns verfasste Artikel. Diese behandeln zum einen den Geschichtsrevisionismus der *Deutschen Burschenschaft* und zum anderen die aktuellen Entwicklungen und internen Grabenkämpfe innerhalb des Dachverbandes der *Deutschen Burschenschaft*. Der Reader liegt überall an der Uni aus, darüber hinaus könnt Ihr ihn kostenlos beim AStA bestellen oder aber auch bequem online lesen unter: www.issuu.com/paper.riot/docs/verbindungskritik

WALK THIS WAY...

Frankfurt bleibt, wie andere Städte, nicht unberührt von fortschreitender Gentrifizierung und Umstrukturierung. Es wird schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, Freiräume entstehen zu lassen und sie auch halten zu können. Natürlich haben wir alle, auch wenn es uns wie immer so schwer wie möglich gemacht wird, trotzdem Bock auf Freiräume, selbstverwaltete Häuser und Räume in denen Rassismus und Sexismus nicht zum Alltag gehören und Anti-Kapitalismus Grundkonsens ist.

Weil das so ist, reagieren auch in Frankfurt immer wieder Zusammenhänge auf die bestehenden Strukturen des Alltäglichen mit den Versuchen diese durch Hausbesetzungen und dem Engagement in bestehenden Freiräumen aufzubrechen und aufzulösen.

Hier also die sichtbaren Ergebnisse dieser (nicht immer leicht gemachten) Bestrebungen...

AU

Das am längsten besetzte, international bekannte Haus Hessens ist die Au im Stadtteil Rödelheim (besetzt seit dem 04. Juni 1983), welches in seinem Dasein als autonomes Wohn- und Kulturprojekt samt Bauwagenplatz die Subkultur Frankfurts bereichert. Jeden Juni feiert Mensch mehr oder weniger exzessiv dessen Geburtstag beim legendären Au-Fest. Hunderte Gäste erfreuen sich dann an Konzerten, dem genialen Au-Buffer und dem Fussballturnier am Sonntag. Und wer nicht nur einmal im Jahr das Festessen in der guten alten Au genießen will, der besucht die Volxsküche, jeden Donnerstag ab 20 Uhr, die Bar ist bis 02 Uhr geöffnet und achtet auf die Vielzahl an Punk-Rock-Konzerten der klassischen Art!

In der Au 14 – 16, 60489 Frankfurt/Main, www.au-frankfurt.org

EXZESS

Neben der Au macht das Exzess dem Besetzen alle Ehre. Neben diversen Partys und Konzerten aller Art von Grindcore bis Hip-Hop ist das ExZess ein Spiel- und Arbeitsplatz für Kreative und Engagierte. In dem vor 26 Jahren besetzten und mittlerweile legalisierten Haus, nahe dem Campus

Bockenheim, findet sich ein Ort für politische und kulturelle Zusammenarbeit von Gruppen, in dieser Funktion nicht zuletzt gefördert durch den dort ansässigen Infoladen Frankfurt. Hier finden sich neben einer gut sortierten Bibliothek viele aktuelle Informationen für widerständisches Denken und Handeln.

Sonntag: Infoladen von 12 – 16 Uhr

Montag: Infoladen 18 – 22 Uhr, Kneipenabend ab 19 Uhr

Dienstag: offener Jugendantifatreff ab 18 Uhr

Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt/Main, www.infoladen.net/ffm

Institut für vergleichende Irrelevanz

(zur Zeit geschlossen)

Am Morgen des 22. April 2013 wurde das im Kettenhofweg 130 im Rahmen von Studierendenprotesten eröffnete »Institut für vergleichende Irrelevanz« (IVI) polizeilich geräumt. 2003 besetzten Studierende das ehemalige Institut für Anglizistik am Campus Bockenheim und schufen dort unter dem Motto »Theorie. Praxis. Party« das IVI.

10 Jahre konnte im Kettenhofweg jenseits des universitären Wissenschaftsbetriebs, jenseits von Bulimie-Lernen, Verwertungsdruck und Creditpoints selbstbestimmt wissenschaftlich gearbeitet, in Lesekreisen und bei Kongressen Theorie angeeignet und bei Konzerten und Partys ohne die oft leider üblichen Begleiterscheinungen wie Sexismus, Homophobie und den ganzen anderen beschissenen Alltags-Ismen gefeiert werden.

Anfang 2012 verkaufte die Universität das Gebäude an die Franconofurt AG, die seit dem versuchte die Besetzer_innen auf allen möglichen Wegen los zu werden. Angebotene Geldkoffer, Drohung von körperlicher Gewalt, Anzeigen... bis schließlich in offensichtlicher Absprache mit dem Frankfurter Landgericht die rechtlich eigentlich nicht haltbare Konstruktion der »Gesellschaft bürgerlichen Rechts Institut für vergleichende Irrelevanz« der Schlüssel zum Erfolg für die Franconofurt AG wurde. Am 15.02.2013 bzw. 19.04.2013 verhängte das Gericht das Räumungsurteil gegen die »IVI GbR«.

Es liegt nun an uns, dafür zu sorgen, dass 1,2, viele neue Institute geschaffen werden. Nehmen wir uns was wir brauchen! Nehmen wir uns die Stadt!8

Für einen Hauch IvI-Feeling: haltet die Augen auf für Ankündigungen des IvI-Barabends. www.ivi.copyriot.com

FAITES VOTRE JEU!

Die letzte erfolgreiche Besetzung in Frankfurt war die des ehemaligen JUZ Bockenheims (in Campus-Nähe). Mehrere Künstler_innen und politisch Aktive schlossen sich im Rahmen dessen zur Initiative »Faites votre jeu!« zusammen und kämpften um das Gebäude. Da sie da nicht bleiben durften, aber auch nicht freiwillig gehen wollten, bot Ihnen die Stadt als Ersatzobjekt das ehemalige Gefängnis »Klapperfeld« mitten in der Innenstadt an. Durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes in der Zeit des Nationalsozialismus, als Polizeigefängnis in der Folge und als Abschiebeknast seit 1980, ist der »Knast« eine besondere Art selbstverwaltetes Zentrum geworden. Der Arbeitskreis Geschichte hat im Keller eine Dauerausstellung zur nationalsozialistischen Vergangenheit des Gebäudes installiert. Das Klapperfeld ist also eine interessante Mischung aus geschichtlicher Auseinandersetzung, politischen Veranstaltungen, sowie vielfältigen Kunst- und Kulturprojekten mit wechselnden Ausstellungen und Konzerten. Die variierenden Barabende jeden 1. Dienstag im Monat in den Räumen und im Gefängnishof sind mittlerweile ein beliebter Treffpunkt.

Dienstags: offenes Plenum 19 – 22 Uhr

Samstags: Dauerausstellung 15 – 18 Uhr

Jeden 1. Dienstag im Monat Barabend ab 20 Uhr

Klapperfeldstr. 5, 60313 Frankfurt/Main

www.faitesvotrejeu.blogspot.de

Website der Dauerausstellung: klapperfeld.de

TUCA

(zur Zeit im zweifachen Exil)

Mit der Schließung des AfE-Turms und dem Umzug von Bockenheim auf den IG-Farben Campus endet vorerst auch die Geschichte des Turm Cafés (Tuca). Ob ein Platz zum chillen und rauchen, zum Mate und Kaffee trinken, zum diskutieren und reflektieren, für autonome Tutorien und Trashfilmabende, das TuCa hat vielen von uns den Unialltag erträglicher gemacht.

Das im 5. Stock des »Turms« angesiedelte Café darf offiziell nicht mit auf den »schönsten Campus Europas« ziehen, also liegt es an uns, uns selbst Raum für ein, zwei, viele selbstverwaltete TuCa's auf dem IG-Farben Campus anzueignen. In diesem Sinne: Es gibt keine Ende der Geschichte! ;)

Momentan ist das TuCa behelfsmäßig in der Teeküche im ersten Stock des PEG auf dem IG-Farben-Campus untergekommen.

Das TuCa ist immer offen, wenn ihr es schafft ins Gebäude zu kommen. Selbstbedienung.

Schichten: Mo-Do: 11 – 18 Uhr (jedoch gilt weiter das Selbstbedienungsprinzip)

Für Plenumstermine achtet auf die Ankündigungen an der Theke.
www.tucaimexil.jimdo.com

KURZSCHLUSZ

Auf dem Campus der Fachhochschule befindet sich in dem kleinen roten Haus (Gebäude 5) das selbstverwaltete autonome Café Kurzschluss, in dem neben dem Cafébetrieb während der Semesterzeiten auch Vorträge, Veranstaltungen und die ein oder andere Party stattfinden.

Jeden Donnerstagabend gibt es einen Kneipenabend.

Die Öffnungszeiten sind Werktags von 8 bis min. 16 Uhr (Do. bis mind. 0 Uhr)

IG-Farben Campus

Auch auf dem IG-Farben-Campus gibt es selbstverwaltete Räume. Zu nennen sind hier die Trinkhalle am Bremer Platz, das studentische Café Anna Blume (UG) und das Philosoph*innen-Café (2.Stock) im IG-Farben-Gebäude.

SIKS

Stadtteilinitiative im Gallus. Veranstaltet über das Jahr verschiedene kulturelle, künstlerische und soziale Veranstaltungen im öffentlichen Raum und stellt der Gentrifizierung des Stadtteils mit der Initiative zur Wiederbelebung stillgelegter Wasserhäuschen eine sympathische Trinker_innenkultur entgegen. Mittlerweile gibt es außerdem auch im Sommer das von dieser Initiative veranstaltete Koblenzer Straßenfest, das mit Flohmarkt, Konzerten, verschiedenen Ständen und einer meist grandiosen Party im Anschluss Groß und Klein anzulocken vermag.

Donnerstags: Barabend ab 21 Uhr mit wechselnden DJs

Stadtteilinitiative Koblenzer Straße e.V., Koblenzerstraße 11, 60327 Frankfurt, www.siks-ffm.de

FRIDA 116

Bei dieser netten Kellerbar handelt es sich um das »Vereinsheim« des fetzigen Partykollektivs »Königreich«, das Frankfurts alternative Partyszene schon mit der ein oder anderen Party an manch ungewöhnlichem Ort beglückt hat.

Mittwochs: Musik, Tanz, DJ/Band ab 21 Uhr

Donnerstags: Informations-Abend ab 21 Uhr

Freitags: Musik, Tanz, DJ/Band ab 21 Uhr

Frida116, Friedberger Landstraße 116, 60316 Frankfurt

BLAUER BLOCK

(zur Zeit geschlossen)

Selbstorganisiertes Stadtteilprojekt in einem der Viertel Frankfurts, das momentan die drastischsten Veränderungen erfährt, dem Gallus.

Galt es lange Zeit als Arbeiter_innen- und Problemviertel, wird nun versucht, das Gallus dem neu geschaffenen Europaviertel anzugleichen. Der Neubau an Wohnfläche konzentriert sich auf

großflächige Eigentumswohnungen – unerschwinglich für die Menschen, die in den Vierteln bereits vor den Umbaumaßnahmen lebten und leben. Auf lange Sicht schlägt die so genannte »Aufwertung« dann um, wenn den Menschen ihre materielle Grundversorgung durch gesteigerte Mietpreise und Wohnungskündigungen zu Sanierungszwecken entzogen wird. Bereits jetzt werden Zwangsräumungen immer häufiger. Auch in dieser Entwicklung drückt sich der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den Kapitalinteressen aus.

Das Stadtteilzentrum will dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Im »Blauen Block« soll eine gemeinsame und kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Stadtteils möglich werden. Die Initiative plant, das Haus für verschiedene Projekte zu nutzen: Neben Ausstellungen, Konzerten und einem Café sind ein Kulturprogramm für Jugendliche und eine Asyl- und Mieter_innen-Beratung angedacht.

Bis jetzt konnte die Arbeit aber leider noch nicht kontinuierlich aufgenommen werden, da beide Besetzungen des Blauen Blocks (ehemaliges Sozialrathaus in der Schwalbacherstr. im Mai und das andere ehemalige Sozialrathaus in der Kriftelerstr. im September) leider durch polizeiliche Räumungen innerhalb von 24 Stunden beendet wurde. To be continued!!

Infos: blauer.blogspot.de

WEM GEHÖRT DIE STADT?

Auch in Frankfurt wird sich intensiv mit der Frage beschäftigt, nach welchen Maßstäben sich das alltägliche Leben in der kapitalistischen Stadt vollzieht und wieso es von vorneherein nicht für alle gleich sein kann, sondern stets mit Ausschluss, Verdrängung und Überwachung sowieso bereits marginalisierter Bevölkerungsgruppen einhergeht. Dass es sich hierbei allerdings um weit mehr als nur plumpe Kritik an so genannten Aufwertungsprozessen und der lokalpatriotischen Verteidigung der »eigenen« Szeneviertel handelt, davon könnt Ihr euch vorerst auf der Homepage des 2011 gegründeten Netzwerkes »Wem gehört die Stadt« überzeugen.

www.wemgehortediastadt.net

HERBERT MARCUSE (1969)

»Diese Gesellschaft ist insofern obszön, als sie einen erstickenden Überfluss an Waren produziert und schamlos zur Schau stellt, während sie draußen ihre Opfer der Lebenschancen beraubt; obszön weil sie sich ihre Mülleimer vollstopft, während sie die kärglichen Nahrungsmittel in den Gebieten ihrer Aggression vergiftet und niederbrennt; obszön in den Worten und dem Lächeln ihrer Politiker und Unterhalter; in ihren Gebeten, ihrer Ignoranz und in der Weisheit ihrer gehüteten Intellektuellen. [...] Nicht das Bild einer nackten Frau, die ihre Schamhaare entblößt, ist obszön, sondern das eines Generals in vollem Wuchs, der seine in einem Aggressionskrieg verdienten Orden zur Schau stellt; obszön ist nicht das Ritual der Hippies, sondern die Beteuerung eines hohen kirchlichen Würdenträgers, dass der Krieg um des Frieden willen nötig sei.«